

KA VI - 46-2/06

MA 46, Sanierung von  
Planungsmängeln in der  
neuen Landesfahrzeugprüfstelle

Ausschusszahl 49/06, Sitzung des Kontrollausschusses vom 21. März 2006

Äußerung der Magistratsabteilung 46 - Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten gem. § 5 Abs. 5 der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien, Anhang 3, Sonderbestimmungen für das Kontrollamt:

Die Magistratsabteilung 46 ist für die Umsetzung der geplanten, aber bisher nicht finanzierbaren Verbesserungsmaßnahmen im Erdgeschoß der Prüfstelle hinsichtlich der Behebung und Prävention von Sicherheitsgefahren für Arbeitnehmer und Kunden gemäß Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien auf die Magistratsabteilung 34 - Bau- und Gebäudemanagement angewiesen. Am 4. Mai 2006 wurde von dieser eine Besprechung anberaumt, bei der die im Vorjahr ausgearbeitete Planung des Kundenbereiches nochmals auf Zweckmäßigkeit überprüft und einige kleinere Änderungen sowie die Finanzierung betreffend die Erhöhung der Miete für die geleaste Landesfahrzeugprüfstelle beschlossen wurden. Der dafür erforderliche Gemeinderatsbeschluss sollte sobald wie möglich erwirkt werden.

Auf Basis der Planung erstellte die Magistratsabteilung 54 - Zentraler Einkauf einen Einrichtungsplan, während die Magistratsabteilung 34 Verhandlungen mit der Firma P. betreffend die Änderung des Mietvertrages und des geplanten Umbaus aufnahm.

Am 25. August 2006 wurde von der Magistratsabteilung 34 ein fertiger Plan vorgelegt. Mit der Firma P. konnte eine Preisreduktion ausgehandelt werden. Die Magistratsabteilung 46 sicherte zu, die erhöhten Mietkosten in der Höhe von ca. 2.000,-- EUR pro Monat über einen Zeitraum von zehn Jahren zu bedecken.

Laut Auskunft der Magistratsabteilung 34 sei mittlerweile die erforderliche Bewilligung durch den Gemeinderatsausschuss erfolgt. Mit dem Umbau soll, sofern es das Wetter zulässt, Anfang Dezember 2006 begonnen werden.

Im Sommer 2005 wurde ein umfangreiches Markierungs- und Beschilderungskonzept ausgearbeitet und von der Magistratsabteilung 34 beauftragt. So sollten vor den Hallen Sperrflächen mit der Aufschrift "Eintritt verboten", Fußspuren zum versteckten Eingang und entsprechende Hinweisschilder angebracht sowie im Außenbereich eine Stiege errichtet werden. Nachdem diese Maßnahmen durch den geplanten Umbau, vor allem durch die Verlegung des Eingangs, weit gehend unnötig geworden wären bzw. sogar wieder rückgängig gemacht hätten werden müssen, wurden diese nach Wiederaufnahme der Umbauplanung storniert. Durch den geplanten Umbau des Eingangs- und Kundenbereiches sollen die vom Kontrollamt festgestellten Sicherheitsgefahren für die Mitarbeiter und Kunden der Prüfstelle behoben werden.